



EGBW-Strategiepapier zur Berufsbildung in Europa

Der EGBW-Konferenz, der Regionalkonferenz der Bildungsinternationalen, die vom 26. – 28. November 2012 in Budapest tagt, zur Annahme durch den EGBW-Ausschuss vorgelegt, verabschiedet am 27. November 2012

Dieses Strategiepapier soll die bisherige Strategie des EGBW im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung¹ aktualisieren und Richtlinien für Lehrgewerkschaften in der Berufsbildungspolitik aufstellen, wobei der Anwendungsbereich auf ganz Europa ausgeweitet werden soll.

Die europäischen Länder werden stark von der Berufsbildungspolitik der Europäischen Union (EU) beeinflusst. Die Berufsbildung hat auf europäischer Ebene durch die Gründung der EU mehr Aufmerksamkeit erhalten, allerdings in erster Linie in wirtschaftlicher Hinsicht. Nach Beginn des Kopenhagen-Prozesses (2002) kamen die Bildungsminister der EU- und Beitrittsstaaten im Kommuniqué von Brügge darin überein, die Zusammenarbeit zu verstärken, um die Berufsbildung im Zeitraum 2011-2020 voranzutreiben. Die EU wird sich auch stärker auf Verbesserung von Fachwissen und Kompetenzen der europäischen Lehrkräfte im Bereich der Berufsbildung konzentrieren. Ziel der EU ist es, im Laufe des nächsten Jahrzehnts modernisierte und attraktive Berufsbildungssysteme aufzubauen. Eine Beteiligung seitens der Lehrgewerkschaften bei Gestaltung, Umsetzung, Entwicklung und Verbesserung der Berufsbildungspolitik auf europäischer und nationaler Ebene ist unabdingbar und erfordert weitere Fortschritte.

I. WIE SICH DIE GEWERKSCHAFTEN BERUFSBILDUNG VORSTELLEN

Ansatz gegenüber beruflicher Aus- und Weiterbildung

1. Bildung ist ein Menschenrecht und ein öffentliches Gut, weshalb sie allen zugänglich sein sollte. Es ist äußerst wichtig zu verstehen, dass **das Ziel** der Berufsbildung darin besteht, Schülern eine solide Grundlage zugeben, die es ihnen erlaubt, aktive Bürger in demokratischen Gesellschaften und Fachkräfte unter den Erwerbstätigen zu werden. Bei der Berufsbildung geht es nicht nur darum, im Hinblick auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt Ergebnisse zu erzielen, sondern auch darum, den Schülern gute Bildung zu vermitteln und das Bürgerbewusstsein zu stärken.

¹ In diesem Strategiepapier bezieht sich berufliche Aus- und Weiterbildung (Berufsbildung) auf alle Aspekte des Bildungsprozesses, die neben Allgemeinbildung und dem Studium von Technologie und verwandten Wissenschaften den Erwerb von Kompetenzen, Wissen und Qualifikationen beinhalten, die mit Berufen in zahlreichen Sektoren in Zusammenhang stehen. Berufsbildung taucht in zahlreichen Lernsituationen auf, z.B. in sekundären und tertiären Bildungseinrichtungen und am Arbeitsplatz. Daneben umfasst die Berufsbildung lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung. Alternative und international verwendete Begriffe umfassen die technische Berufsausbildung, Berufs- und Fachausbildung sowie die berufliche Fort- und Weiterbildung (Engl.: technical and vocational education and training (TVET), vocational and technical education and training (VTET), technical and vocational education (TVE), vocational and technical education (VTE), and further education and training (FET).



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

2. Berufsbildung ist für junge Menschen von Bedeutung, die aus den Schulen/Einrichtungen auf den Arbeitsmarkt und aus der Schulpflicht in die weiterführende Bildung wechseln. Eine berufliche Erstausbildung ist die Grundlage für **gesellschaftlichen Zusammenhalt, aktives Bürgerbewusstsein, Beschäftigungsfähigkeit und Unternehmertum**.
3. Berufsbildung bietet einzelnen Menschen während ihres gesamten Erwerbslebens Bildungsmöglichkeiten. Berufsbildung sollte auch die Umschulung von Menschen, die Erweiterung und Verbesserung ihrer Kompetenzen sowie Vermittlung neuer Qualifikationen umfassen. Daher ist Berufsbildung unverzichtbar **für Erwachsene**, ob beschäftigt oder arbeitssuchend.
4. Es hat sich gezeigt, dass einige Länder mit hochentwickelten Berufsbildungssystemen höhere Beschäftigungsquoten aufweisen, insbesondere in Bezug auf junge Menschen. Sie bewältigen auch die Wirtschaftskrise besser. Trotz ihrer erfolgreichen Ergebnisse und Vorteile hat die Berufsbildung in einigen Ländern noch nicht den **gleichen Status wie die allgemeine Bildung**. Die berufliche Grundausbildung sollte dasselbe Ansehen wie Allgemeinbildung genießen und Berufsbildung sollte noch weiter entwickelt werden, um für mehr junge Menschen erste Wahl zu sein.
5. In Europa sind die Berufsbildungssysteme sehr vielfältig: Eine berufliche Erstausbildung kann während oder nach der Schulpflicht, in Vollzeit an Berufskollegien, Schulen/Einrichtungen und in Unternehmen beginnen. Sie kann aus der Lehrlingsausbildung mit Teilzeitunterricht an berufsbildenden Schulen/Einrichtungen bestehen. Manche Länder kombinieren diese Systeme. Was das EGBW anbelangt, so hängt ein **hochwertiges gut organisiertes Berufsbildungssystem** jedoch nicht von den verschiedenen Lehrmethoden und Ausbildungszeiten, sondern von dem Gleichgewicht zwischen diesen unterschiedlichen Elementen ab: a) Theoretische Berufsausbildung, b) Praktische Berufsausbildung, c) Allgemeinbildung. Diese Faktoren sollten ein **in sich geschlossenes System** bilden, das die Grundlage für eine erfolgreiche Karriere und lebenslanges Lernen sein und zu Hochschulbildung führen kann.
6. Die unterschiedlichen Bildungstraditionen in Europa erfordern die Aufstellung allgemeiner Regeln, um die Anerkennung von Qualifikationen zu garantieren. Es sollte Möglichkeiten zur **Validierung von nicht formalem und informellem Lernen** geben, damit Menschen in die Gesellschaft sowie in den Arbeitsmarkt integriert und wieder eingegliedert werden können. Öffentliche Institutionen sollten für die Validierung von nicht formalem und informellem Lernen zuständig sein.

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Empfehlungen

Die europäischen Lehrer*innenverbände sollten

1. die Ansicht fördern, dass Berufsbildung zwei Ziele hat, nämlich auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten und einen wichtigen Weg zu Weiter- und Hochschulbildung zu bieten, sowie als eigenständiger Bildungszweig anerkannt zu werden.
2. sich für einen hohen Status des Berufsbildungssektors und für die Anerkennung eines höheren Status der Lehrkräfte, vor allem der Lehrer im Bereich Berufsbildung, in Gesellschaft und Politik einsetzen.
3. sich aktiv an der Debatte über hochwertige, attraktive Berufsbildung, die eine solide Basis für den beruflichen Werdegang von Schülern und ihre Rolle als aktive Bürger in demokratischen Gesellschaften bietet, beteiligen bzw. diese anstoßen.

Lebenslanges Lernen in der beruflichen Bildung

1. Der Berufsbildungssektor sollte ein Bildungssystem sein, das Lehrern und Lernenden ermöglicht, **ihre Kompetenzen zu fördern**, so wie es individuell gewünscht und wirtschaftlich notwendig ist. Arbeitgeber und die Gesellschaft müssen aktive Teilhaber sein. Die Sozialpartner, darunter die Lehrer*innenverbände, sollten ein gemeinsames Interesse daran haben, eine geeignete Infrastruktur und finanzielle Mittel für hochwertige Berufsbildung zu schaffen.
2. Es ist nicht mehr möglich, alle Kompetenzen für ein ganzes Leben oder Arbeitsleben zu erwerben, bevor man in die Arbeitswelt eintritt. Daher sollte die berufliche Bildung die Schüler darauf vorbereiten, **Schlüsselkompetenzen²** zu erwerben und sich der Notwendigkeit lebenslanger Weiterbildung und Umschulung bewusst zu sein.
3. Die Entwicklung durch die schulpflichtige Allgemeinbildung und berufliche Grundausbildung muss durch Weiterbildung in **öffentlicher Zuständigkeit** vervollständigt werden.
4. Bildungseinrichtungen müssen dem Einzelnen **einfachen Zugang** ermöglichen. Öffentliche Berufsbildungseinrichtungen müssen eine Priorität für die Bereitstellung staatlich finanzierter **beruflicher Fort- und Weiterbildung** werden, weshalb öffentliche Berufsbildungseinrichtungen zu Kompetenzzentren der beruflichen Fort- und Weiterbildung werden müssen.

² Wenn es um Schlüsselkompetenzen geht, wird Bezug genommen auf den „Europäischen Referenzrahmen für Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen“, 2006: http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/publ/pdf/ll-learning/keycomp_en.pdf

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

5. **Fremdsprachenkenntnisse** müssen in der beruflichen Erstausbildung höchste Priorität haben, so dass die Absolventen auf einem internationalen und mobilen Arbeitsmarkt erfolgreich sein können. Der Fremdsprachenunterricht sollte als Kernangebot in ganzheitlicher Weise gestaltet sein.
6. Berufs- und **Erwachsenenbildung** sollte größtmöglichen Beitrag dazu leisten, dass Bedürfnisse lebenslangen Lernens erfüllt werden. Der Schwerpunkt muss auf der Anknüpfung an und der Akkreditierung und Anerkennung der Vorbildung liegen, um die Möglichkeiten für lebenslanges Lernen zu verbessern. Erwachsenenbildung sollte alle Bildungsarten umfassen, darunter Ausbildung im Unternehmen, Lernen am Arbeitsplatz sowie Weiterbildung und Selbstverwirklichung, und sollte für Frauen wie Männer in gleicher Weise zugänglich sein.

Die europäischen Lehrgewerkschaften sollten

4. Regierungen dazu auffordern, die Verbesserung berufsbildender Schulen/Einrichtungen zu erleichtern, damit sie Zentren für lebenslanges Lernen für junge und erwachsene Schüler, Lehrer, Ausbilder und Schul-/Einrichtungsleiter werden.
5. die Regierungen und Schulen/Einrichtungen dazu auffordern, das Angebot für Erwachsenenbildung im Berufsbildungssektor zu verbessern.

Qualität

1. Hochwertige Berufsbildungssysteme sind für die **Entwicklung in Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft** unentbehrlich und bilden die Grundlage für eine in Wohlstand und Frieden lebende globale Gesellschaft.
2. Die Berufsbildung ist ein öffentliches Gut und eine **öffentliche Verantwortung**. Die Regierungen müssen ein verständliches und hochwertiges Berufsbildungssystem gewährleisten, das durch Eigenfinanzierung und Regulierung einer breiten Masse zugänglich ist.
3. Berufsbildung sollte für alle **attraktiv** sein. Ein gut entwickeltes, in sich geschlossenes und transparentes hochwertiges Berufsbildungssystem leistet insbesondere bei jungen Menschen einen positiven Beitrag zu hohen Beschäftigungsraten und ist die Grundlage für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.
4. Die Kultur institutioneller Selbstevaluation sollte ein wesentlicher Teil der **Qualitätsmessung** sein. Gewerkschaften müssen bei der Gestaltung und Umsetzung von europäischen und



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

nationalen Rahmen und Instrumenten zur Qualitätssicherung und Transparenz, wie dem Europäischen und dem Nationalen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQF und NQF)³, dem Europäischen Leistungspunktesystem für berufliche Bildung (ECVET)⁴ und der Europäischen Qualitätssicherung in der Berufsbildung (EQAVET)⁵ einbezogen werden.

5. Im Unterricht wird immer mehr darauf geachtet, bei verschiedenen internationalen und nationalen **Tests** bessere Ergebnisse zu erzielen. Das schwächt die eigentlichen Bildungsziele.
6. Online-Bildungsprogramme und **E-Learning** können die berufliche Bildung ergänzen, sollten allerdings nicht den Unterricht im Klassenzimmer und im direkten Kontakt zu einem Lehrer ersetzen.
7. Ein stärkeres **Bewusstsein** der Bedeutung der Berufsbildung bei allen Schülern und Lehrern ist notwendig. Die Berufsbildung sollte attraktiver werden und hochqualifizierte Lehrer beinhalten. Die Regierungen sollten hochwertige Erst- und Weiterbildung für Lehrer in der Berufsbildung sicherstellen.
8. Um lebenslanges Lernen Wirklichkeit werden zu lassen, sollte die Berufsbildung einen Weg zur **Hochschulbildung** bereiten. Es ist erforderlich, engere Verbindungen zwischen den Institutionen der Berufs- und Hochschulbildung zu schaffen und zu verbessern, die Schülern, Lehrkräften und Ausbildern aktuelles Wissen und Forschungsergebnisse liefern können.
9. Die **Schüler-Lehrer-Quote** muss aus Gründen der Ausstattung, Arbeitspraxis, Didaktik und aus Gesundheits- und Sicherheitsgründen geringer als beim herkömmlichen Unterricht im Klassenzimmer sein.
10. Forschung ist für die berufliche Entwicklung sowohl in der Lehrerausbildung als auch im Lehrberuf wichtig.

³ EQF: http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc44_en.htm

⁴ European Credit System for VET: http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc50_en.htm

⁵ European Quality Assurance in VET http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc1134_en.htm

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Die europäischen Lehrgewerkschaften sollten

6. in Übereinstimmung mit nationalen Abschlüssen aktiv an der Gestaltung, Umsetzung und Weiterentwicklung von EU-weiten und einzelstaatlichen Rahmen und Werkzeugen zur Qualitätssicherung und Transparenz beteiligt sein, wie dem Europäischen und dem Nationalen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQF und NQF), dem Europäischen Leistungspunktesystem für die berufliche Bildung (ECVET) und der Europäischen Qualitätssicherung in der Berufsbildung (EQAVET).
7. Regierungen nachdrücklich dazu auffordern zu gewährleisten, dass verständliche und hochwertige Berufsbildungssysteme durch staatliche Finanzierung und Regulierung einer breiten Masse zugänglich sind.
8. dem zunehmenden Trend entgegenwirken, den Unterricht auf bessere Ergebnisse in verschiedenen internationalen und nationalen Tests auszurichten, wodurch Bildungsziele geschwächt und untergraben werden.
9. Maßnahmen ergreifen, um die Lehrer-Schüler-Quote im Berufsbildungsunterricht zu senken, um die Gesundheit und Sicherheit der Schüler zu gewährleisten, die Qualität des Unterrichts zu erhöhen und zu einem besseren Arbeitsklima für Lehrer beizutragen.
10. aktiv dafür sorgen, dass mehr Forschung auf dem Gebiet der Berufsbildung betrieben wird und die Forschungsergebnisse sowohl von Politikern als auch von anderen Akteuren im Bereich Berufsbildung verwendet werden.

Finanzierung und Angebot

1. Bildung ist ein Menschenrecht. Daher sollte sie staatlich finanziert und für jedermann zugänglich sein. Als öffentliches Gut sollte die Berufsbildung sowohl für junge Menschen als auch für Erwachsene durch staatliche Behörden **finanziert** werden und vorrangig durch den öffentlichen Dienst umgesetzt werden.
2. Bildung benötigt langfristige Entwicklung. Sie ist kein unmittelbares Gegenmittel für die **Wirtschaftskrise**. Deshalb sollte man die kurzfristigen finanziellen Perspektiven der Unternehmen und die Bildungspolitik voneinander trennen.
3. Dort, wo Berufsbildung besondere Wirtschafts- und **Beschäftigungssektoren** sowie einzelne Arbeitgeber und Organisationen unterstützt, sollten nach Meinung des EGBW diese Sektoren und Arbeitgeber auch zur Finanzierung der Berufsbildung beitragen. Dieser Beitrag sollte jedoch den Arbeitgebern keinen unangemessenen Einfluss auf den Inhalt der Berufsbildungsprogramme geben. Die Interessen der Arbeitgeber sollten immer durch die Ansichten der jeweiligen Gewerkschaftsvertreter ausgeglichen werden.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

4. Die **Sozialpartner** sollten bei der Ausarbeitung von Finanzierungsstrategien für die Berufsbildung eine wesentliche Rolle spielen und müssen zurate gezogen werden. Gewerkschaften müssen sicherstellen, dass der persönliche finanzielle Hintergrund den Zugang zur Berufsbildung nicht versperrt.
5. Da die weltweite Wirtschaftskrise weiter anhält und sich verschärft, griffen die Regierungen auf strikte **Sparmaßnahmen** und drastische Kürzungen der staatlichen Ausgaben zurück, was zu einem signifikanten Abbau von Lehrerstellen geführt hat. Das hat sich negativ auf einige Berufsbildungsprogramme ausgewirkt. Obwohl manche Arbeitgeber in einigen Ländern ihre Berufsbildungsprogramme am Arbeitsplatz während der Krise beibehielten, könnte die Dauer der Krise bedeuten, dass sogar diese Arbeitgeber ihre Ausgaben für Berufsbildung kürzen. Das könnte unser Bildungssystem gefährden.
6. Investitionen in die Berufsbildung müssen ausreichen, um hochwertige Berufsbildung sicherzustellen. Es ist unverzichtbar, dass auch weiterhin **über alle Fächer und Berufe hinweg viel in die Berufsbildung investiert** wird. Die Entwicklung von Grundkenntnissen, die Verbesserung und Erweiterung von Kenntnissen und Umschulungen können höhere Ausgaben von Behörden und Arbeitgebern bedeuten als bisher. Jedoch muss dies im Kontext **finanzieller und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit** sowie mittel- und langfristiger wirtschaftlicher und sozialer Effekte für den Staat, Arbeitgeber und den Einzelnen gesehen werden.
7. Die Finanzierung muss ausreichen, um die besten Lehrkräfte in allen Sektoren und Berufssparten einstellen und binden zu können. Es muss ein angemessenes **Arbeitsentgelt** geboten werden. Der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt unter den Berufssparten und die Anstellung von Lehrpersonal müssen berücksichtigt werden.
8. Die berufliche Bildung erfordert neben den Lehrkräften im Bereich Berufsbildung auch zusätzliches, qualifiziertes Personal wie Fachleute und Ausbilder. Dies ist eine solide und langfristige Investition.
9. Die finanziellen Mittel sollten ausreichen, um die Berufsbildung an Maschinen und **Einrichtungen** durchzuführen, die mit denen, die im jeweiligen Sektor, für den ausgebildet wird, verwendet werden, vergleichbar sind. Das kann auf den ersten Blick bedeuten, dass Einrichtungen und Ausrüstung sehr teuer sein können. Es kann teuer sein, aber es wäre die zusätzliche Investition wert, da die Lernenden den Umgang mit den Geräten und Maschinen lernen und auch mit den in der Industrie üblichen Verfahren vertraut gemacht würden.
10. Die pädagogische **Grundbildung** und regelmäßige berufliche Weiterbildung von Lehrkräften im Bildungsbereich sollte ebenfalls finanziert werden.

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

11. Private Anbieter sollten auf nationaler und europäischer Ebene durch **offizielle staatliche Akkreditierungsstellen** kontrolliert werden, um die Qualität ihres Unterrichts unabhängig von den zu entrichtenden Unterrichtsgebühren sicherzustellen und die hohe Qualität der Berufsbildungskurse aufrechtzuerhalten.
12. Wo berufliche Bildung **länderübergreifend** (Berufsbildungsprogramme von multi- oder transnationalen Organisationen und Arbeitgebern) stattfindet, müssen lokale Curricula und Vorschriften sowie kulturelle und sprachliche Besonderheiten beachtet werden.
13. Mit Blick auf die Entwicklung der Gesellschaft und die Lernenden in der Berufsbildung müssen unbedingt die Senkung von Schulgeldern angestrebt und schließlich die Abschaffung aller Gebühren angestrebt werden.

Die europäischen Lehrgewerkschaften sollten

11. Die Regierungen dazu auffordern hohe Standards in der Berufsbildung zu gewährleisten und weiterhin viel in Schulen/Einrichtungen, Ausstattung und Infrastruktur im Bereich Berufsbildung zu investieren.
12. eine bessere Zusammenarbeit zwischen Schulen/Einrichtungen und Arbeitgebern in der Lehrlingsausbildung fördern, um die Qualität der Ausbildung der Schüler zu erhöhen, die Arbeitsbedingungen der Auszubildenden sicherzustellen und Weiterbildung für Lehrer zu bieten.
13. Regierungen nachdrücklich dazu auffordern, auch weiterhin umfangreiche staatliche Finanzierung für die Berufsbildung zu gewährleisten, aber mit anteiliger Beteiligung der entsprechenden Beschäftigungssektoren sowie einzelner Arbeitgeber und Organisationen.
14. eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung von Finanzierungsstrategien für die Berufsbildung spielen und sicherstellen, dass die Gewerkschaften einbezogen werden.
15. die Zunahme an Initiativen des Privatsektors im Bereich Berufsbildung kontrollieren, vor allem was die Lehrplangestaltung und Finanzierung auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene betrifft, und der aufkommenden Ansicht der Berufsbildung als Ware entgegenzuwirken.
16. einen dreigliedrigen sozialen Dialog in der Berufsbildung anstoßen und aufrechterhalten.
17. öffentliche Akkreditierungsstellen auf nationaler und europäischer Ebene ermutigen, private Anbieter von Berufsbildungskursen zu kontrollieren, hohe Qualität beizubehalten und gute Ergebnisse zu gewährleisten.
18. mit Blick auf die Entwicklung der Gesellschaft und der Lernenden in der Berufsbildung die Senkung von Unterrichtsgebühren und schließlich die Abschaffung aller Gebühren fordern.

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Verbindungen zu Arbeitsmarkt und Branchen

1. Es besteht eine zunehmende Gefahr für die Bildung, insbesondere für die Berufsbildung, durch **wirtschaftliche Globalisierung und Wirtschaftsliberalisierung**. Laufende Verhandlungen (im Rahmen von GATS⁶ und regionaler und bilateraler Verträge) könnten die Intensität der Kommerzialisierung und Privatisierung der Berufsbildung in Europa beeinflussen. Dadurch könnten die Qualität und der Zugang zu Bildung geschwächt werden.
2. Was die **Gestaltung der Berufsbildungsprogramme in Europa** anbelangt, gibt es den zunehmenden Trend, dass diese auf umfangreichen Wirtschaftsanalysen über den Fachkräftebedarf basieren und sich auf **Vorhersagen** über den oftmals zu kurzfristigen zukünftigen Fachkräftebedarf konzentrieren. Sehr oft basieren diese Prognosen auf falschen Annahmen über das Wirtschaftsverhalten. Bei Vorhersagen könnte die Tatsache vernachlässigt werden, dass einzelne Personen im Laufe ihres Erwerbslebens in mehreren Berufen und an unterschiedlichen Arbeitsplätzen tätig sind und regelmäßige Weiterbildung und Umschulung benötigen. Ferner besteht die Gefahr, dass sich die Berufsbildung zu sehr an den Arbeitsmarkt anpasst, statt dem Einzelnen die beste Ausbildung im Leben und die Grundlage für lebenslanges Leben zu ermöglichen.
3. Deshalb ist es unerlässlich, dass, wenn sich Arbeitgeber bei den Inhalten der Berufsbildungsprogramme beteiligen sollen, dies **verhältnismäßig** sein und sich nicht ausschließlich an den unmittelbaren Bedürfnissen der Arbeitgeber orientieren sollte.
4. Die **Lehrlingsausbildung** spielt in den meisten europäischen Berufsbildungssystemen eine wichtige Rolle. Manche erfüllen nicht immer die Bedürfnisse der Schüler. Da sie hauptsächlich am Arbeitsplatz stattfindet, sind Arbeitgeber zu sehr auf ihre Produktionszuwächse und auf firmenspezifische Kompetenzen als darauf, die beste Praxiserfahrung zu bieten, bedacht.
5. Die berufliche Erstausbildung sollte eigene und gute **Verbindungen zu Arbeitgebern und Unternehmen** haben, um sicherzustellen, dass junge Menschen über gute Arbeitsbedingungen und ein hohes Ausbildungsniveau am Arbeitsplatz verfügen und mit den Beschäftigungsmöglichkeiten vertraut werden.
6. Ein **reibungsloser Übergang** von jungen Menschen und Erwachsenen aus der Berufsbildung zur Hochschulbildung und in den Arbeitsmarkt ist unentbehrlich. Alle Berufsinformationen, Ratschläge und Beratung sollten kostenlos vom öffentlichen Dienst zur Verfügung gestellt werden.

⁶ Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Die europäischen Lehrgewerkschaften sollten

19. aktiv an der Gestaltung von Ausbildungsangeboten teilnehmen, vor allem bei der Ausarbeitung von Curricula. Die Berufsbildung sollte unter gleicher Beteiligung nationaler und regionaler Ministerien, Gewerkschaften und Arbeitgebern gestaltet werden.
20. die negativen Folgen von Prognosen und Wirtschaftsliberalisierung auf europäischer und nationaler Ebene ansprechen.

Berufsberatung und Orientierung

1. Berufsberatung und Orientierung haben zwei Ziele: Sie sollen den Schülern als **persönliche Lebensberatung** dienen und ihnen hinsichtlich ihrer **zukünftigen Beschäftigungsfähigkeit** helfen. Ein gut funktionierender Beratungsdienst ist ein Indikator für ein gutfunktionierendes Bildungs- und Berufsbildungssystem. Beratung im Hinblick auf lebenslanges Lernen kann durch Information, Ratschläge, Beratung, Bewertung, Ausbildung und Befürwortung unterstützt werden.
2. Die Beratungs- und Orientierungskultur sollte **integraler Bestandteil** des Bildungssystems sein. Beratung und Orientierung sollten Informationen und Ratschläge über Berufsbildung liefern und sie gleichzeitig für Jugendliche und Erwachsene attraktiver machen. Beratung über lebenslanges Lernen muss in allen Einrichtungen **verbessert und eingeführt** werden, vor allem in beruflichen Erstbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen, in denen sie noch nicht verfügbar ist. Alle Bildungssysteme sollten einen öffentlichen Berufsberatungsdienst umfassen.
3. Es ist unbedingt erforderlich, **strategische Ziele** für Beratung und Orientierung auf allen Ebenen (auf europäischer, nationaler, regionaler, lokaler und institutioneller Ebene) unter Beteiligung aller Akteure und Sozialpartner zu entwickeln. Beratung und Orientierung müssen im Interesse der jungen Menschen liegen und **kostenlos** sein. Dies sollte nicht nur der Beschäftigung dienen, sondern auch Jugendlichen ebenso wie Erwachsenen spezialisierte Fachleute, darunter Berater, zur Seite stellen.
4. Beratung über lebenslanges Lernen kann außerdem **Gleichheit**, gesellschaftlichen Zusammenhalt und aktives Bürgertum stärken, sowie auf allen Ebenen von Bildung und Ausbildung Kreativität und Innovation, darunter Unternehmertum, fördern. Effektivere Arten von Berufsberatung müssen nebst **gleichstellungsorientierter Beratung** und Beratungsmaterialien zur Verfügung gestellt werden.

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

5. Es wäre wünschenswert, den Berufsberatungsstellen in jedem Land eine wirklich europäische Dimension zu geben, um den Zugang zu akademischen Informationen und Berufs- und Beschäftigungschancen für alle europäischen Länder und deren Bürger zu ermöglichen.
6. Um lebenslanges Lernen Wirklichkeit werden zu lassen, sollten Schüler in der Berufsbildung ermutigt werden, sogenannte **Karriereplanungskompetenz** (Career Management Skills) **zu erwerben**. Der Zugang zu Beratungsstellen muss für alle Bürger erleichtert werden, um diesen Prozess zu unterstützen.
7. Ferner ist es notwendig, eine zuverlässige **Qualitätssicherung** für Beratungs- und Orientierungsangebote zu entwickeln und Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den zahlreichen nationalen, regionalen und lokalen Interessengruppen und Sozialpartnern zu fördern.

Die europäischen Lehrgewerkschaften sollten

21. für die Einführung und Verbesserung geeigneter und kostenloser Beratung über lebenslanges Lernen in allen Berufsbildungsschulen/-einrichtungen eintreten.
22. Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den zahlreichen nationalen, regionalen und lokalen Akteuren fördern, um eine zuverlässige Qualitätssicherung für Beratungsangebote zu entwickeln.
23. Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Beratung und Orientierung mehr Menschen für die Berufsbildung interessieren und um entsprechende Informationen über Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten in der Europäischen Union und in ganz Europa bereitzustellen, um die Unionsbürgerschaft zu fördern.

Chancengleichheit

1. Die Berufsbildung spielt eine wesentliche Rolle im Kampf gegen **gesellschaftliche Ausgrenzung** und Marginalisierung. Das Thema Chancengleichheit muss unbedingt in den Berufsbildungsprogrammen angesprochen werden, damit sich Ungleichbehandlung, die auf dem Arbeitsmarkt hinsichtlich Alter und Geschlecht besteht, sowie Rassismus und Benachteiligung von Minderheiten, Gesellschaftsschichten und Menschen mit Lernschwierigkeiten und/oder -behinderungen nicht wiederholen.
2. Es ist wichtig, dass **Berufsbildungsprogramme** proaktive und positive Mittel im Kampf gegen Diskriminierung und für gesellschaftliche Inklusion darstellen. Berufsbildungsprogramme und deren Inhalte müssen die Bedürfnisse von **Minderheiten** berücksichtigen.

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

3. Das Tempo des **technologischen Wandels** am Arbeitsplatz und das steigende Renteneintrittsalter bedeuten, dass mehr Menschen Berufsbildung als Teil des lebenslangen Lernens und für längere Zeit in Anspruch nehmen müssen. Gleichzeitig tendieren viele Berufsbildungsprogramme dazu, **ältere Lernende** zu diskriminieren, indem sie sich **nur an junge Menschen richten**, die in den Arbeitsmarkt eintreten oder sich am Anfang ihres Berufslebens befinden. Da in vielen europäischen Ländern das Renteneintrittsalter erhöht wurde und die Menschen länger arbeiten müssen und das Tempo des technologischen Wandels am Arbeitsplatz ständig steigt, müssen Erwachsene unter Umständen ihre Qualifikationen mehrere Male im Laufe ihres Berufslebens durch neue ersetzen und verbessern.
4. Manche Berufsbildungssysteme benachteiligen Menschen mit **zuvor erworbenen Kenntnissen** und Qualifikationen, indem sie dieses Wissen, das viele Jahre zuvor erworben wurde, als nicht mehr aktuell oder geeignet ansehen. Manchmal wird denjenigen mit zuvor erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen der Zugang zu kostenlosen Berufsbildungsangeboten verwehrt.
5. **Diskriminierung aufgrund des Geschlechts** ist auf dem Arbeitsmarkt weit verbreitet. Sie äußert sich in Form von Geschlechterstereotypen in manchen Berufen sowie in anhaltenden Einkommensunterschieden in vielen Ländern. Hochwertige Berufsberatung und -information sind wichtig, um die Vielzahl von Möglichkeiten für Frauen auf dem Arbeitsmarkt aufzuzeigen.
6. **Jungen Männern und Frauen Zugang** zu allen Ausbildungswegen **zu verschaffen**, ist ebenfalls ein wichtiges Thema. Besonders junge Frauen sollten ermutigt und unterstützt werden, an Berufsbildungsprogrammen für traditionelle Männerberufe teilzunehmen. Junge Männer sollten auch ermutigt und unterstützt werden, sich Berufsbildungsprogrammen und Stellen in traditionellen Frauenberufen zuzuwenden. Berufsbildungsprogramme können dabei äußerst wichtig sein, nicht nur um Frauen als Vorbilder in traditionell nicht weiblichen Berufen und Männer als Vorbilder in traditionell nicht männlichen Berufen zu gewinnen, sondern auch um in gemischten Berufsbildungsprogrammen die bestehende Rollenverteilung zu durchbrechen.
7. Berufsbildung muss ein Instrument zur Inklusion des Einzelnen unabhängig von dessen Zugehörigkeit (**Rasse/Hautfarbe, soziale Herkunft, Staatsangehörigkeit, Sprache oder Religion und Glaube**) sein. Minderheiten und Einwanderer (insbesondere Roma) sollten nicht ausgegrenzt werden, weil in manchen Unternehmen inoffizielle Netzwerke und Vetternwirtschaft bestehen. Uneingeschränkter Zugang zu Berufsbildungsprogrammen ist entscheidend, damit diese Gemeinschaften auf dem Arbeitsmarkt sowie in der Gesellschaft nicht ausgegrenzt werden.

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

8. Menschen mit **Lernschwierigkeiten/-behinderung** sollten Zugang zu allen Berufsbildungsprogrammen bekommen. Sollte dies spezielle oder angepasste Ausstattung voraussetzen, müssen dafür finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Gleichmaßen könnten manche Schüler Unterstützung durch zusätzliches Personal benötigen, das ihnen hilft, ungehindert teilzunehmen.

Die europäischen Lehrgewerkschaften sollten

24. eine starke Position bei der Gestaltung von Berufsbildungskursen einnehmen, um zu gewährleisten, dass sozio-ökonomisch benachteiligte Gruppen, Männer wie Frauen, Zugang zu Berufsbildungsprogrammen haben, die eine Vielzahl an Beschäftigungsmöglichkeiten und Karrieren bieten.
25. an der Entwicklung von flexiblen Ausbildungsvereinbarungen (E-Learning, Abendkurse, Ausbildung während der Arbeitszeit etc.) insbesondere für gesellschaftlich und wirtschaftlich benachteiligte Gruppen, Frauen und diskriminierte Gruppen aller Altersstufen, beteiligt sein, um den Zugang zu Bildung in verschiedenen Lebenssituationen zu fördern und an unterschiedliche Bedürfnisse anzupassen.

II. DIE ROLLE DER BERUFSBILDUNGSLEHRKRÄFTE

1. **Künftige europäische Lehrkräfte im Bereich Berufsbildung** sollten global denken, mobil und qualifiziert sein, um in verschiedenen Kulturen und entsprechend der großen Vielzahl an Lehrplänen und Lehrplanerfordernissen zu agieren. Lehrpläne müssen mehr Werkzeug als Vorschrift sein.
2. Die europäischen Länder sind infolge immer älter werdender Bevölkerungen, unzureichender Wertschätzung des Lehrberufs und oftmals fehlender Unterstützung durch die Medien und die Gesellschaft mit einem **Mangel an gut ausgebildeten Lehrern** konfrontiert.
3. Gut ausgebildeten Lehrern müssen **gute Gehälter, angemessene Arbeitsbedingungen, Karriereaussichten und berufliche Weiterentwicklung** geboten werden, um die Qualität der Berufsbildung zu erhöhen und Berufsbildung für Lehrer und Schüler attraktiver zu machen. Es kommt immer häufiger vor, dass die besten Lehrer im Bereich Berufsbildung in ihrer Branche, Industrie und im sozialen Sektor bessere Arbeitsbedingungen finden können als im Bildungssektor.
4. Bei der Anstellung von Lehrern müssen Prioritäten gesetzt werden. Es ist unverzichtbar, diesen **Beruf attraktiv** zu machen, um eine ausreichende Zahl an qualifizierten Lehrkräften einstellen zu können und um sicherzustellen, dass die besten von ihnen eingestellt werden.

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

5. Zukünftige Lehrer müssen die nötigen Kenntnisse in **Pädagogik, Fachwissen und Didaktik** auf einem hohen Niveau erwerben, sowohl in ihrer Erstausbildung als Lehrer als auch in der anschließenden beruflichen Entwicklung.
6. Zwischen beruflicher Erstbildung und Abschluss der Ausbildung als Lehrer muss eine **berufsqualifizierende Einführungsphase** eingeführt und verbessert werden, bevor die Studenten als vollständig ausgebildete Lehrkräfte arbeiten können. Diese berufsqualifizierende Einführung sollte in eine Arbeits- und eine Lernphase unterteilt sein.
7. Zusätzlich zu den pädagogischen Anforderungen müssen die Lehrkräfte im Bereich Berufsbildung **entsprechend ihrer Branche/Qualifikationen sehr gut** ausgebildet werden, nachdem sie eine vollständige Ausbildung in ihrem jeweiligen Fachgebiet erhalten und gute praktische Erfahrungen in ihrer Branche, Industrie und im sozialen Sektor gesammelt haben.
8. Die pädagogische und theoretische berufliche Ausbildung von Lehrern für die Berufsbildung muss von höchster Qualität sein.
9. Der Lehrerberuf in der Berufsbildung erfordert während der ganzen Lehrerlaufbahn kontinuierliches **lebenslanges Lernen** in allen Kompetenzbereichen des Lehrers. Da die Geschwindigkeit des **technologischen Wandels** zunimmt und sich die Arbeitspraxis ständig verändert, müssen die Lehrkräfte im Bereich Berufsbildung während ihrer Laufbahn **Zugang zu Weiterbildung** erhalten und Zeit an Arbeitsplätzen in ihrem Sektor verbringen, um mit dem wechselnden Bedarf an Qualifikationen und den sich verändernden Arbeitsmethoden mitzuhalten. Kurse zur persönlichen und beruflichen Weiterentwicklung müssen den Lehrern **kostenlos** zur Verfügung stehen.
10. Es liegt auch in der Verantwortung der **Berufsbildungseinrichtungen, Weiterbildung** für ihre Lehrkräfte zu **finanzieren und zu organisieren**, um sicherzustellen, dass sie im Hinblick auf Neuerungen in Technologie, Wissenschaft und Wirtschaft auf dem Laufenden bleiben.
11. Um in der Erst- und Berufsbildung von Lehrern und Ausbildern höchste Qualität zu gewährleisten, sollten die **Lehrerausbildung** sowie die Qualifikationen und Kompetenzen **ihrer Lehrer** ebenfalls verbessert werden.
12. Die Forderungen der Gesellschaft gegenüber den Lehrern sind oft überhöht. **Bessere Arbeitsbedingungen** und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen für Lehrer sichergestellt werden. Lehrer sollten sich **freistellen** lassen können (Sabbaticals), um Burnout zu verhindern und um ihre Qualifikationen auf den neuesten Stand zu bringen.
13. Zusammenarbeit und **Kollegialität** zwischen den Lehrern müssen gestärkt werden: Den Lehrkräften muss ermöglicht werden, auf institutioneller und lokaler Ebene enger miteinander zusammenzuarbeiten.

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

14. Die Teilnahme an länderübergreifenden Austauschprogrammen muss Teil der Erst- und Weiterbildung von Lehrern werden. **Bildungs- und Ausbildungsmobilitätsprogramme** der EU tragen zum Erfahrungsaustausch, zur Qualitätssteigerung der Bildung und zur Erweiterung des Horizonts für Lehrer und Schüler bei, was die institutionelle und soziale Umgebung positiv beeinflussen kann. Lehrer, die an Austauschprogrammen teilnehmen wollen, sollten jedoch durch die Leiter von Einrichtungen und andere Lehrer unterstützt und über Austauschmöglichkeiten informiert werden.
15. Es ist erforderlich, dass die Inhalte der Berufsbildungsprogramme derart gestaltet werden, dass sie **Chancengleichheit** und Vielfalt fördern und beinhalten. Ein Teil der Weiterbildungsprogramme für Lehrkräfte im Bereich Berufsbildung sollte die Verbesserung der interkulturellen Kompetenz zum Ziel haben.
16. Berufsbildungslehrer sollten bei der Auswahl von Unterrichtsmaterial, pädagogischer Vorgehensweise und Evaluierungsverfahren über **berufliche Autonomie** verfügen. Lehrer und Lehrgewerkschaften sollten wirksam an der Entwicklung und Beurteilung neuer Programme, Kurse, Lehrpläne, Validierungsverfahren und Bildungsressourcen beteiligt werden.
17. **Erwachsenenbildung** wird im Berufsbildungssektor oft unterbewertet. Politiker sollten der Kompetenzentwicklung von Lehrern und Ausbildern in der Erwachsenenbildung mehr Beachtung schenken, indem sie das Berufsprofil und die Ausbildung von Lehrern in der Erwachsenenbildung weiterentwickeln.

Die europäischen Lehrgewerkschaften sollten

26. gut ausgebildete künftige Lehrer für die Berufsbildung gewinnen und den Zugang zu hochwertiger beruflicher und pädagogischer Bildung auf höchstem Niveau für Lehrkräfte im Bereich der Berufsbildung sicherstellen.
27. hohe Standards in der Erst- und Weiterbildung aller Lehrkräfte und Ausbilder im Bereich der Berufsbildung anstreben und für die Notwendigkeit von Weiterbildung in der Pädagogik eintreten.
28. sich an der Ausbildung von Ausbildern und Berufsberatern sowie an der Ausarbeitung von Kompetenzen für die Erbringung von Unterrichtsdienstleistungen und an der Gestaltung der Dienstleistungen beteiligen.
29. besondere Aufmerksamkeit auf die Anstellung von Lehrkräften für die Berufsbildung richten, die auf einem hohen beruflichen und akademischen Niveau stattfinden muss, das dem für theoretische, praktische und allgemeine Fächer entspricht.
30. an der Einführung und Umsetzung einer hochwertigen berufsqualifizierenden Einführungsphase für junge Lehrkräfte beteiligt sein.

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

31. die Teilnahme von Studenten, Lehrkräften und Ausbildern an länderübergreifenden Austauschprogrammen fördern und die Anerkennung von Ausbildungszeiten von Lehrern im Ausland, vor allem in europäischen Ländern, als Qualifikation für die berufliche Laufbahn thematisieren.
32. maßgebliche Informationen für Lehrer, angehende Lehrkräfte und Schüler in der Berufsbildung (als künftige Arbeitskräfte) über ihre Arbeitnehmerrechte und die Bedeutung der Mitgliedschaft in Gewerkschaften bereitstellen.
33. für Lehrer und Ausbilder im Bereich Berufsbildung angemessene Arbeitsbedingungen und Gehälter einfordern, um mehr hochqualifizierte Lehrkräfte für den Sektor gewinnen und diese auch binden zu können.
34. verbesserte Möglichkeiten für persönliche und berufliche Weiterentwicklung von Lehrkräften und Ausbildern anstreben, darunter Training für den interkulturellen Dialog, was im Zuständigkeitsbereich der Öffentlichkeit liegen muss.
35. bessere Karrierechancen für Lehrkräfte und Ausbilder im Bereich Berufsbildung anstreben.
36. für die Notwendigkeit der Autonomie von Lehrkräften, der Demokratisierung von Berufsbildungseinrichtungen und Kollegialität zwischen Lehrern eintreten.

III. EMPFEHLUNGEN

Die europäischen Lehrgewerkschaften sollten

1. die Ansicht fördern, dass Berufsbildung **zwei Ziele** hat, nämlich auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten und einen wichtigen Weg zu Weiter- und Hochschulbildung zu bieten, sowie als eigenständiger Bildungszweig anerkannt zu werden.
2. sich für einen **hohen Status des Berufsbildungssektors** und für die Anerkennung eines **höheren Status der Lehrkräfte**, vor allem der Lehrer im Bereich Berufsbildung, in Gesellschaft und Politik einsetzen.
3. sich aktiv an der Debatte über **hochwertige, attraktive Berufsbildung**, die eine solide Basis für den beruflichen Werdegang von Schülern und ihre Rolle als aktive Bürger in demokratischen Gesellschaften bietet, beteiligen bzw. diese anstoßen.
4. Regierungen dazu auffordern, die Verbesserung berufsbildender Schulen/Einrichtungen zu erleichtern, damit sie **Zentren für lebenslanges Lernen** für junge und erwachsene Schüler, Lehrer, Ausbilder und Schul-/Einrichtungsleiter werden.
5. die Regierungen und Schulen/Einrichtungen dazu auffordern, das Angebot für **Erwachsenenbildung** im Berufsbildungssektor zu verbessern.
6. in Übereinstimmung mit nationalen Abschlüssen aktiv an der Gestaltung, Umsetzung und Weiterentwicklung von **EU-weiten und nationalen Rahmen und Werkzeugen zur**



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Qualitätssicherung und Transparenz beteiligt sein, wie dem Europäischen und Nationalen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQF und NQF), dem Europäischen Leistungspunktesystem für die berufliche Bildung (ECVET) und dem Europäischen Rahmen zur Qualitätssicherung (EQAVET).

7. Regierungen dazu auffordern zu gewährleisten, dass verständliche und hochwertige Berufsbildungssysteme durch **staatliche Finanzierung und Regulierung einer breiten Masse zugänglich** sind.
8. dem zunehmenden Trend entgegenwirken, den Unterricht auf bessere Ergebnisse in verschiedenen **internationalen und nationalen Tests** auszurichten, wodurch Bildungsziele geschwächt und untergraben werden.
9. Maßnahmen ergreifen, um die **Lehrer-Schüler-Quote** im Berufsbildungsunterricht zu senken, um die Gesundheit und Sicherheit der Schüler zu gewährleisten, die Qualität des Unterrichts zu erhöhen und zu einem besseren Arbeitsklima für Lehrer beizutragen.
10. aktiv dafür sorgen, dass **mehr Forschung** auf dem Gebiet der Berufsbildung betrieben wird und die Forschungsergebnisse sowohl von Politikern als auch von anderen Akteuren im Bereich Berufsbildung verwendet werden.
11. die Regierungen dazu auffordern, hohe Standards in der Berufsbildung zu gewährleisten und **weiterhin viel** in Schulen/Einrichtungen, Ausstattung und Infrastruktur **im Bereich Berufsbildung zu investieren**.
12. eine bessere **Zusammenarbeit** zwischen Schulen/Einrichtungen und Arbeitgebern in der **Lehrlingsausbildung** fördern, um die Qualität der Ausbildung der Schüler zu erhöhen, die Arbeitsbedingungen der Auszubildenden sicherzustellen und Weiterbildung für Lehrer zu bieten.
13. Die Regierungen nachdrücklich dazu auffordern, auch weiterhin **umfangreiche staatliche Finanzierung** für die Berufsbildung aufrechterhalten zu gewährleisten, aber mit anteiliger Beteiligung der entsprechenden Beschäftigungssektoren sowie einzelner Arbeitgeber und Organisationen.
14. eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung von **Finanzierungsstrategien** für die Berufsbildung spielen und sicherstellen, dass die Gewerkschaften einbezogen werden.
15. die Zunahme an **Initiativen des Privatsektors** im Bereich Berufsbildung kontrollieren, vor allem was die Lehrplangestaltung und Finanzierung auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene betrifft, und der aufkommenden Ansicht der Berufsbildung als Ware entgegenzuwirken.
16. einen **dreigliedrigen sozialen Dialog** in der Berufsbildung anstoßen und aufrechterhalten.
17. öffentliche Akkreditierungsstellen auf nationaler und europäischer Ebene ermutigen, **private Anbieter** von Berufsbildungskursen zu **kontrollieren**, hohe Qualität beizubehalten und gute Ergebnisse zu gewährleisten.

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

18. mit Blick auf die Entwicklung der Gesellschaft und der Lernenden in der Berufsbildung die Senkung von Unterrichtsgebühren und schließlich die Abschaffung aller Gebühren fordern.
19. aktiv an der **Gestaltung von Ausbildungsangeboten** teilnehmen, vor allem bei der Ausarbeitung von Curricula. Die Berufsbildung sollte unter gleicher Beteiligung nationaler und regionaler Ministerien, Gewerkschaften und Arbeitgebern gestaltet werden.
20. die negativen Folgen von **Prognosen und Wirtschaftsliberalisierung** auf europäischer und nationaler Ebene ansprechen.
21. für die Einführung und Verbesserung **geeigneter und kostenloser Beratung über lebenslanges Lernen** in allen Berufsbildungsschulen/-einrichtungen eintreten.
22. Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den zahlreichen nationalen, regionalen und lokalen Akteuren fördern, um eine zuverlässige **Qualitätssicherung** für Beratungsangebote zu entwickeln.
23. Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Beratung und Orientierung **mehr Menschen für die Berufsbildung interessieren** und entsprechende Informationen über Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten in der Europäischen Union und in ganz Europa zu liefern, um **Unionsbürgerschaft** zu fördern.
24. eine starke Position bei der Gestaltung von Berufsbildungskursen einnehmen, um zu gewährleisten, dass **sozioökonomisch benachteiligte Gruppen**, Männer wie Frauen, Zugang zu Berufsbildungsprogrammen haben, die eine Vielzahl an Beschäftigungsmöglichkeiten und Karrieren bieten.
25. an der Entwicklung von **flexiblen Ausbildungsvereinbarungen** (E-Learning, Abendkurse, Ausbildung während der Arbeitszeit etc.) insbesondere für gesellschaftlich und wirtschaftlich benachteiligte Gruppen, Frauen und diskriminierte Gruppen aller Altersstufen beteiligt sein, um den Zugang zu Bildung in verschiedenen Lebenssituationen zu fördern und an unterschiedliche Bedürfnisse anzupassen.
26. gut ausgebildete künftige Lehrer für die Berufsbildung gewinnen und den Zugang zu **hochwertiger beruflicher und pädagogischer Bildung** auf höchstem Niveau für Lehrkräfte im Bereich der Berufsbildung sicherstellen.
27. **hohe Standards in der Erst- und Weiterbildung** aller Lehrkräfte und Ausbilder im Bereich der Berufsbildung anstreben und für die Notwendigkeit von Weiterbildung in der Pädagogik eintreten.
28. sich an der **Ausbildung von Ausbildern** und Berufsberatern sowie an der Ausarbeitung von Kompetenzen für die Erbringung von Unterrichtsdienstleistungen und die Gestaltung von Beratungsleistungen beteiligen.
29. besondere Aufmerksamkeit auf die **Anstellung von Lehrkräften für die Berufsbildung** richten, die auf einem hohen beruflichen und akademischen Niveau stattfinden muss, das dem für theoretische, praktische und allgemeine Fächer entspricht.



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

30. an der Einführung und Umsetzung einer hochwertigen **berufsqualifizierenden Einführungsphase für junge Lehrkräfte** beteiligt sein.
31. die Teilnahme von Studenten, Lehrkräften und Ausbildern an **länderübergreifenden Austauschprogrammen** fördern und die Anerkennung von Ausbildungszeiten von Lehrern im Ausland, vor allem in europäischen Ländern, als Qualifikation für die berufliche Laufbahn thematisieren.
32. maßgebliche Informationen für Lehrer, angehende Lehrkräfte und Schüler in der Berufsbildung (als künftige Arbeitskräfte) über ihre **Arbeitnehmerrechte** und die Bedeutung der Mitgliedschaft in Gewerkschaften bereitstellen.
33. für Lehrer und Ausbilder im Bereich Berufsbildung **angemessene Arbeitsbedingungen und Gehälter** einfordern, um mehr hochqualifizierte Lehrkräfte für den Sektor gewinnen und diese auch binden zu können.
34. verbesserte Möglichkeiten für **persönliche und berufliche Weiterentwicklung** von Lehrkräften und Ausbildern anstreben, darunter Training für den interkulturellen Dialog, was im Zuständigkeitsbereich der Öffentlichkeit liegen muss.
35. **bessere Karrierechancen** für Lehrkräfte und Ausbilder im Bereich Berufsbildung anstreben.
36. für die Notwendigkeit der **Autonomie von Lehrkräften**, der Demokratisierung von Berufsbildungseinrichtungen und **Kollegialität** zwischen Lehrern eintreten.